

Medienmitteilung

Verfasser/in Sämi Deubelbeiss
041 369 65 77, saemi.deubelbeiss@vbl.ch

Datum 9. März 2020

VBL zahlt dem VVL geforderte Summe von rund 16 Millionen Franken

Auf Antrag der Geschäftsleitung hat der Verwaltungsrat der VBL AG entschieden, dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) einmalig rund 16 Millionen Franken zu zahlen. Er hat die Stadt Luzern als Eignerin vorgängig darüber informiert und wird der Generalversammlung die Zustimmung beantragen. Aufgrund der Situation bei PostAuto hatte VBL 2018 umgehend gehandelt, einen externen Bericht in Auftrag gegeben und rückwirkend ab 2018 die Verrechnungspraxis angepasst. Inzwischen haben die Bestellerbehörden von verschiedenen ÖV-Unternehmen auch rückwirkend Gelder zurückverlangt. Auch VBL ist davon betroffen. Für die Jahre 2010 bis 2017 forderte der VVL 16 Millionen Franken. Bezüglich der genauen Höhe besteht laut dem VVL noch Abklärungsbedarf. Die Verantwortlichen von VBL betonen, dass sie nach Treu und Glauben davon ausgingen, dass die mit der Holding-Struktur verbundene Verrechnungspraxis, welche vom BAV 2012 geprüft worden war, rechtens war. Da man eine rechtliche Auseinandersetzung vermeiden will, hat sich VBL für eine Zahlung entschieden. VBL legt zudem die stillen Reserven offen und unterstützt die Offenlegung diverser Berichte im Sinne der grösstmöglichen Transparenz.

Nachdem der Verbundrat des Verkehrsverbundes Luzern (VVL) Anfang Februar 2020 mit einer Forderung von 16 Millionen Franken auf die Verantwortlichen von VBL zugegangen war, hatten sich beide Parteien für ein Treffen entschieden. Dieses fand statt mit dem Resultat, dass man die Höhe der Abgeltungen für die Jahre 2010 bis 2017 nochmals rückwirkend zusammen überprüfen wird. Bezüglich der genauen Höhe besteht laut dem VVL noch Abklärungsbedarf. Zudem hatte VBL in der vergangenen Woche mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) Kontakt aufgenommen und in einem Gespräch wichtige Punkte geklärt.

Zahlung durch Auflösung Stiller Reserven und über Kredit

Nach diversen internen Abklärungen hat der Verwaltungsrat der VBL AG auf Antrag der Geschäftsleitung nun entschieden, einmalig rund 16 Millionen Franken an den Verkehrsverbund Luzern (VVL) zu zahlen. Der Verwaltungsrat wird der Generalversammlung die Zustimmung beantragen. Er hat die Stadt Luzern als Eignerin vorgängig darüber informiert. Der Entscheid des Verwaltungsrats wurde durch den Umstand erleichtert, dass sich für das Geschäftsjahr 2019 konzernweit ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis von mehreren Millionen Franken Gewinn abzeichnet. Für die Zahlung wurde in der Jahresrechnung 2019

eine Rückstellung in der Höhe der Forderung von 16 Millionen Franken gemacht. Die stillen Reserven reduzieren sich dadurch per 31.12.2019 um diesen Betrag auf rund 33 Millionen Franken. VBL wird für die Zahlung an den VVL einen Kredit aufnehmen müssen.

VBL Verantwortliche haben nach Treu und Glauben gehandelt

Die Verantwortlichen von VBL betonen, dass sie nach Treu und Glauben davon ausgingen, dass die mit der Holding-Struktur verbundene Verrechnungspraxis, welche vom BAV 2012 geprüft worden war, rechtens war. Darum habe man an diesem Verrechnungssystem bis 2017 ohne eine Änderung festgehalten. Da die rechtliche Sachlage für dieses Verrechnungssystem offen ist und VBL eine juristische Auseinandersetzung vermeiden will, haben sich die Verantwortlichen für die einmalige Zahlung von rund 16 Millionen Franken an den VVL entschieden. Damit soll auch das gute Einvernehmen mit dem VVL gewahrt werden. Die 16 Millionen Franken entsprechen rund 2.5 % des Umsatzes der ÖV-Tochter vbl in den Jahren 2010 bis 2017.

Umstellung Rechnungslegung und Auflösung stille Reserven

Weiter wird VBL die Rechnungslegung auf Swiss GAAP FER umstellen. Diese Umstellung soll für die zukünftige Zusammenarbeit mit allen Beteiligten mehr Transparenz schaffen. Im Rahmen dieser Umstellung werden die stillen Reserven aufgelöst. Diese betragen nun noch rund 33 Millionen Franken. Bei der Ausgliederung von VBL aus der Stadtverwaltung betragen die ursprünglichen Rückstellungen bereits rund 29 Millionen Franken. Vor 2010 wuchs der Bestand an stillen Reserven um rund 12 Millionen Franken, zwischen 2010 und 2017 um weitere 8 Millionen Franken. Im Zusammenhang mit der Umstellung der Rechnungslegung wird VBL auch die Bewertung der Sachanlagen und der Beteiligungen überprüfen. VBL ist zudem daran, die Holding-Strukturen zu überprüfen und allenfalls anzupassen. Ziel ist es, grösstmögliche Transparenz in diesem Bereich zu wahren und weiter auszubauen.

VBL befürwortet aktive Offenlegung von diversen Berichten

Im Verlaufe der Medienberichterstattungen kamen zwei Berichte ins Spiel, welche nicht öffentlich sind. Diese Berichte können nur vom Auftraggeber Verkehrsverbund Luzern (VVL) veröffentlicht werden. VBL befürwortet volle Transparenz und die Veröffentlichung dieser Berichte. VBL hat dem VVL auf Anfrage grünes Licht erteilt, dass diese beiden Berichte veröffentlicht werden dürfen. Zu diesen Berichten nehmen die Verantwortlichen von VBL wie folgt Stellung:

- Der BAV-Bericht vom Mai 2012 belegt, dass alle Beteiligten (BAV, VVL, VBL) wussten, wie abgerechnet wird. Die Verantwortlichen von VBL haben nach den in diesem Bericht vom BAV gutgeheissenen Grundsätzen abgerechnet – nach Treu und Glauben auch in den Folgejahren bis Ende 2017. Die entsprechenden Jahresrechnungen wurden jeweils vom BAV geprüft und genehmigt, womit die Verantwortlichen von Jahr zu Jahr davon ausgehen durften, dass die Verrechnungspraxis rechtens war.

Seite 3

- Der externe Bericht nach Schweizer Prüfungsstandard 920 von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfungsunternehmen vom November 2019 zeigt in einer Tabelle die Herleitung der ursprünglichen Forderung von rund 16 Millionen Franken.

VBL hatte nach PostAuto-Vorkommnissen rasch gehandelt

Nach dem Vorfall bei PostAuto Anfang 2018 hatten die Verantwortlichen von VBL im Auftrag vom Verwaltungsrat zeitnah einen Bericht (Ernst & Young AG) in Auftrag gegeben. Aufgrund dieses Berichts hatten sie entschieden, die Verrechnungspraxis im Jahr 2018 umzustellen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde von allen Beteiligten angegangen. Der Verwaltungsrat von VBL hält fest, dass neben diesem Bericht jedoch auch ein schweizweites Gutachten von Prof. Dr. Andreas Abegg und Dr. Goran Seferovic aus dem Jahr 2018 zur Verfügung stand, welches die bisherige Verrechnungspraxis der VBL stützte.

Die Verantwortlichen von VBL sind überzeugt, mit diesen Massnahmen und der verstärkten Transparenz die Basis für eine gute Zusammenarbeit auch in der Zukunft gelegt zu haben.

Berichte:

Abrufbar unter <https://www.vbl.ch/unternehmen/fuer-medien/>:

- Ernst & Young AG, 14.5.2018: «Management Letter zur betriebswirtschaftlichen Prüfung bezüglich der internen Verrechnungspraktiken innerhalb der Holdingstruktur der Verkehrsbetriebe Luzern AG gemäss Prüfungsstandard 950»
- Prof. Dr. Andreas Abegg und Privatdozent Dr. Goran Seferovic im Auftrag des Verbands öffentlicher Verkehr, 3.6.2018: «Abgeltung ungedeckter Kosten im regionalen Personenverkehr, unter besonderer Berücksichtigung von Konzernstrukturen»

Berichte im Auftrag des VVL (abrufbar auf www.vvl.ch):

- Bundesamt für Verkehr, 15.5.2012: «Verkehrsbetriebe Luzern AG, Strukturen, Rechnungslegung und Ergebnisverwendung»
- Gfeller + Partner, 4.11.19: «Bericht über tatsächliche Feststellungen aus der Prüfung und Analyse der Rechnungsabschlüsse 2009-2017 sowie der Prüfung der Einhaltung der Betriebsmittelgenehmigungen bei der Verkehrsbetriebe Luzern AG»

Für Interviews zur Verfügung stehen am Montag, 9. März von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr:

- Markus Lötscher, Vizepräsident des Verwaltungsrats
- Norbert Schmassmann, Direktor

Koordination Medienanfragen:

Sämi Deubelbeiss, Mediensprecher vbl

Tel. direkt: 041 369 65 77

E-Mail: saemi.deubelbeiss@vbl.ch